

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Helmut Möhle

Ausschussmitglied Astrid Zaage

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussvorsitzender Uwe Reese

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Ausschussmitglied Georg Berner-Waindok

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ausschussmitglied Andreas Lang

Behindertenvertretung

Beiratsvorsitzende Sabine Gastmann

Seniorenvertretung

beratendes Mitglied Günter Hinrichs

Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände WHV

beratendes Mitglied Petra Meyer-Machtemes

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleitung 53 Dr. med. Christof Rübsamen

Fachbereichsleitung 50 Jörg Sieberns

von der Verwaltung

Fachbereich 50 Peter Albers

Gleichstellungsbeauftragte Cordula Franke

Protokollführerin

Protokollführerin Stefanie Kallendrusch

Es fehlte entschuldigt

Stellv. Ausschussvorsitzende Nurhayat Bakir

Ausschussmitglied Mirco Danner

als Gast

Stephan Dulle	Einrichtungsleitung GPS
Dietmar Fangmann	Landes-Caritasverband
Polina Lehmann	ProFamilia
Jörg Namuth	Geschäftsbereichsleitung GPS
Dipl.-Ing. Marika Rütters	Spanischer Verein
Birte Scherrer	Caritasverband Wilhelmshaven, Schuldnerberaterin
Cathrin Schulz	ProFamilia
Margret Wahrheit	Caritasverband Wilhelmshaven, Geschäftsführerin

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 27.06.2019
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Änderung der Satzung über den Beirat für Menschen mit Behinderungen **172/2019** (Behindertenbeirat)
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Behandlung des Antrages des Spanischen Vereins auf einen Zuschuss aus dem Sozialfonds der Stadt Wilhelmshaven (s. Antrag in der Anlage zu dieser Einladung)
- 5.2 Überblick über das Ausländerrecht (Vortragender ist Herr Buchweitz vom Ausländeramt)
- 5.3 Information von ProFamilia zum Projekt "biko" (Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung); Vortragende sind Frau Lehmann und Frau Rabsztyr
- 5.4 Vorstellung der Caritas Schuldnerberatung
- 5.5 Vorstellung eines Konzeptes der GPS (Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit) für eine Wohnbetreuung von erwachsenen Menschen mit geistiger Behinderung und herausfordernden Verhaltensweisen im Tannenhof
- 5.6 Nachzahlung an Asylbewerber

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Der neue Vorsitzende, Herr Reese, eröffnete die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden. Er stellte die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Aufgrund eines Fraktionswechsels und der Bildung der Gruppe FDP/FW im Rat ist es zu einer Änderung der Zusammensetzung des Ausschusses gekommen, auf die er kurz hinwies.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Reese gab bekannt, dass der Vortrag von Herrn Buchweitz über das Ausländerrecht unter TOP 5.2 in eine der nächsten Sitzungen verschoben wird. Mit dieser Änderung wurde die Tagesordnung einstimmig genehmigt.

3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 27.06.2019

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit vom 27.06.2019, Nr. 7/2019, wurde einstimmig genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Änderung der Satzung über den Beirat für Menschen mit Behinderungen (Behindertenbeirat) 172/2019

Herr Schönfelder trug die Vorlage 172/2019 vor.
Anschließend bat Herr Reese um Abstimmung.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Die Satzung über den Beirat für Menschen mit Behinderungen (Behindertenbeirat) wird wie folgt geändert:

In der Aufzählung der stimmberechtigten Mitglieder in § 3 wird

- der Passus „1 Vertreter des Freundeskreises der Körperbehinderten“ gestrichen

- „1 Vertreter der Wilhelmshavener Kinderhilfe e.V.“ durch „2 Vertreter der Wilhelmshavener Kinderhilfe e.V., davon eine Person mit einer körperlichen Beeinträchtigung“ ersetzt

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Behandlung des Antrages des Spanischen Vereins auf einen Zuschuss aus dem Sozialfonds der Stadt Wilhelmshaven (s. Antrag in der Anlage zu dieser Einladung)

Herr Albers stellte den Änderungsantrag des spanischen Kulturverein Wilhelmshaven e.V. auf Förderung aus dem Sozialfonds i.H.v. 5000,00 € vor.

Der ursprüngliche Antrag für die umzugsbedingten Kosten wurde auf genau definierte Projekte umgeändert.

In dieser Form erfülle der Antrag alle Prüfkriterien der Zuschussrichtlinien und sei somit seitens der Verwaltung förderungsfähig.

Herr Möhle machte nochmals deutlich, dass der Spanische Verein unverschuldet in diese Situation gekommen sei und begrüßte daher die Änderung des Antrages in eine förderfähige Version.

Herr Walpurgis dankte im Namen der gesamten Fraktion ausdrücklich der Verwaltung, die dazu beigetragen habe, dass der Spanische Verein hier eine finanzielle Unterstützung erhalte.

Herr Schönfelder gab den Dank an die Kreishandwerkerschaft weiter, die nach Vermittlung durch Herrn Hein ihre Netzwerke genutzt habe um Kontakte zu Handwerkern herzustellen. So sei es unter Mitwirkung aller Beteiligten gelungen, den Antrag in dieser kurzen Zeit umzuformulieren.

- Der Ausschuss stimmte einstimmig für die Genehmigung des Antrages. -

5.2 Überblick über das Ausländerrecht (Vortragender ist Herr Buchweitz vom Ausländeramt)

- verschoben -

5.3 Information von ProFamilia zum Projekt "biko" (Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung); Vortragende sind Frau Lehmann und Frau Rabszty

Herr Dr. Rübsamen sagte einleitend, dass das Projekt „biko“ (Beratung, Information und Kostenübernahme bei Verhütung) von Januar 2017 bis Juni 2019 von profamilia in der Stadt Wilhelmshaven und dem Landkreis Friesland durchgeführt wurde und nun die Ergebnisse vorgestellt werden.

Die Projektleiterin Frau Lehmann stellte anhand einer Power-Point-Präsentation (s. *Anlage*) die Erfahrungen und die aus dem Projekt gesammelten Erkenntnisse vor. Das Modellprojekt wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und hatte zum Ziel, Frauen mit geringen Einkünften den Zugang zu verschreibungspflichtigen Verhütungsmitteln durch Kostenübernahme

zu ermöglichen.

Überregional sollten an den sieben Projektstandorten die finanziellen Bedarfe erfasst werden, um dann eine gesetzliche Änderung vorzuschlagen. Diese Auswertung des Forschungsinstitutes Camino ist nach Einstellung unter www.biko-verhütung.de abrufbar.

Insgesamt wurden in Wilhelmshaven und Friesland über 1000 Beratungen durchgeführt. Da bis zum 22. Lebensjahr die Verhütungsmittel von der gesetzlichen Krankenkasse gezahlt werden, reichte die Altersstruktur von 22 bis 53 Jahren, wobei jede 3. Frau bereits über 30 Jahre alt war.

63 % dieser Frauen lebten in einer Partnerschaft und 59 % hatten bereits ein oder mehrere Kinder.

Insgesamt wurden in 966 Fällen die Kosten für die Verhütungsmittel übernommen. Bei der Auflistung ist erkennbar, dass von der Mehrzahl der Frauen ein Mittel mit langfristiger Wirkung gewählt wurde, welches auch dementsprechend teuer ist.

85 % der Frauen haben das Angebot einer vorherigen Beratung in Anspruch genommen, was einen hohen Informationsbedarf widerspiegelt.

Als Ergebnis des Projektes lässt sich feststellen, dass das Thema Verhütung Frauen jeder Altersgruppe beschäftigt und es zu den verschiedenen Methoden große Wissenslücken gibt. Über 50 % der Frauen hätten ohne die Unterstützung durch „biko“ eine andere Verhütungsmethode gewählt.

Aufgrund des festgestellten hohen Bedarfes wird sich profamilia auch zukünftig für einen Rechtsanspruch auf kostenfreie Verhütung einsetzen. An anderen Projektstandorten sind deshalb bereits Folgeprojekte entstanden.

Bereits heute gibt es Kommunen (z.B. Oldenburg und Wittmund), in denen die Verhütungsmittel durch profamilia, AWO oder Diakonie frei zugänglich sind.

Auch die Beratungsstelle in Wilhelmshaven hat gemeinsam mit dem Landesverband ein Konzept für Wilhelmshaven erarbeitet, welches neben der Kostenübernahme auch die Prävention und die Stärkung der Verhütungskompetenz beinhaltet. Der Zugang zu den Beratungsangeboten soll durch Informationsveranstaltungen und Sprechstunden vor Ort erleichtert werden.

Hierfür bittet Frau Lehmann um finanzielle Unterstützung durch die Stadt Wilhelmshaven.

Herr Lang informierte sich über die Online-Erreichbarkeit des Projektes, um akut auftretende Probleme jederzeit ansprechen zu können. Frau Lehmann sagte dazu, dass alle Fragen zur Verhütung jederzeit auf der Online-Plattform vom Landesverband der profamilia gestellt werden könnten.

Frau Franke sah im Hinblick auf die vielen Antragstellerinnen aus dem SGB II- und SGB XII-Bezug die Verpflichtung seitens der Stadt, sich an der Weiterführung des Projektes zu beteiligen.

Auf Empfehlung von Herrn Möhle und Herrn Reese wird profamilia einen Zuschussantrag mit Kostenaufstellung für die anstehenden Haushaltsberatungen an die Verwaltung stellen.

Auf Nachfrage von Herrn Lang sicherte Frau Lehmann zu, dass aufgrund der vorliegenden Kostenermittlungen die zukünftige Kostenentwicklung gut abschätzbar sei. Für das neue Projekt würden allerdings neben den Kosten für die

Verhütungsmittel auch weitere Sach- und Personalkosten anfallen.

Herr Schönfelder äußerte, dass seitens der Verwaltung und insbesondere des Gesundheitsamtes dieses Thema als sehr wichtig angesehen werde.

Das Votum der Politik erfolgt zu den Haushaltsberatungen nach den fraktionsinternen Meinungsbildungen.

5.4 Vorstellung der Caritas Schuldnerberatung

Die Schuldnerberaterin des Caritasverband Wilhelmshaven e.V., Frau Scherrer, stellte anhand einer Power-Point-Präsentation (s. *Anlage*) die Arbeit der sozialen Schuldnerberatung vor.

Im Hinblick auf die dargestellten Zahlen fragte Herr Walpurgis nach der Erfolgsquote der Beratungen. Frau Scherrer antwortete, dass die Zahl der außergerichtlichen Vergleiche mit den Gläubigern eher gering sei. Aber in vielen Fällen kann auch die Stellung des Insolvenzantrages als Erfolg gewertet werden, da dieser nach der Restschuldbefreiung einen Neuanfang ermögliche.

Herr Schönfelder sah in der Schuldnerberatung nicht nur einen individuellen, sondern auch einen gesellschaftlichen Nutzen. Die alarmierenden Zahlen verdeutlichen einen hohen Handlungsbedarf in den Bereichen der Präventionsarbeit, Beratung und Hilfe zur Selbsthilfe. Hierfür seien ausreichend finanzielle Mittel erforderlich, um diese Aufgaben langfristig zu gewährleisten.

Herr Fangmann von Landescaritasverband stellte im Folgenden anhand einer Power-Point-Präsentation (s. *Anlage*) die Finanzierung der Schuldnerberatung vor. Er führte aus, dass die Landesförderung an einen Anbieter gebunden sei. Dies sei in Wilhelmshaven der Insolvenzhilfeverein. Die Refinanzierung des Niedersächsischen Landesamtes für Soziales erfolge nur für Verfahren, die in einer Privatinsolvenz enden und sei daher nicht kostendeckend.

Er machte deutlich, dass ohne weitere finanzielle Zuschüsse, z.B. von der Stadt Wilhelmshaven, die Schuldnerberatung nicht aufrechterhalten werden könne.

Herr Reese informierte, dass auch der Insolvenzhilfeverein nicht genügend finanzielle Mittel habe und nach langjährigen Bemühungen um Zuschüsse Insolvenz anmelden musste.

Herr Schönfelder sagte, dass die Diakonie ebenfalls Schuldnerberatungen durchführe und in dieser Arbeit seitens der Stadtverwaltung einzelfallbezogen unterstützt werde. Der derzeitige Haushaltsansatz liegt hierfür in 2019 bei 10.000,00 €, werde jedoch nicht ausgeschöpft.

Er regte eine Zusammenarbeit von Diakonie und Caritas unter einer denkbaren Einbeziehung von Mitteln der kommunalen Prävention an. Auch sei ebenfalls die Einreichung weiterer Zahlen zu den Haushaltsberatungen sinnvoll.

Herr Reese fügte hinzu, dass auch einige Rechtsanwälte Schuldnerberatungen durchführen. Die Kostenübernahme erfolge nicht über die Stadt sondern im Rahmen der Prozesskostenhilfe/Beratungshilfe.

Frau Meyer-Machtemes berichtete, dass der Träger der freien Wohlfahrtspflege in den letzten Jahren die Schuldnerberatung aufrechterhalten habe. Dazu wurden die Mitarbeiter/Innen extra geschult und auch rechtlich abgesichert. Die Beratungszahlen bei der Diakonie seien rückläufig.

Die derzeitige prekäre Situation resultiere aus der jahrelangen fehlenden finanziellen Unterstützung seitens der Kommune. Ein Umdenken sei erforderlich, um weitere negative Auswirkungen zu vermeiden.

Abschließend sagte Herr Schönfelder, dass die Verwaltung einen Ansatz für die institutionelle Förderung aller in der Schuldnerberatung tätigen Institutionen anstrebe. Gemeinsam müsste ein sinnvolles, umfassendes Konzept mit Beratungs- und Präventionsinhalten erarbeitet werden. Darauf aufbauend könne die kommunale Unterstützung erfolgen.

5.5 Vorstellung eines Konzeptes der GPS (Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit) für eine Wohnbetreuung von erwachsenen Menschen mit geistiger Behinderung und herausfordernden Verhaltensweisen im Tannenhof

Herr Dulle, Einrichtungsleiter des Tannenhofes, stellte anhand einer Power-Point-Präsentation (s. *Anlage*) das neue Konzept vor, welches nach dem Abriss der Altbauten und dem Bau neuer Räumlichkeiten in der Wohnstätte Tannenhof umgesetzt werden soll.

Bereits seit Jahren gebe es in der GPS Planungen, wie erwachsene Menschen mit Behinderungen und einem personalintensiven Unterstützungsbedarf adäquat untergebracht werden können. Der angesprochene Personenkreis ist dem Kinder- und Jugendbereich entwachsen, findet jedoch in den herkömmlichen Einrichtungen für Erwachsene nicht genügend Betreuung.

Das Gelände am Banter Weg ist bis zum Jahr 2026 von der Stadt Wilhelmshaven angepachtet. Es bestehen jedoch Bestrebungen, das Grundstück zu kaufen. Der Abriss und Neubau wird von der Bauverwaltung positiv begleitet.

Herr Möhle kritisierte den Abriss dieses alten, ehrwürdigen Gebäudes. Hier werde zugunsten einer Konzeptverwirklichung ein Stück Stadtgeschichte vernichtet. Aus eigener Erfahrung sind die derzeitigen, langjährigen Bewohner und Bewohnerinnen dort sehr gut aufgehoben und seien glücklich und zufrieden. Diesen Personen werde die Heimat genommen.

Herr Namuth entgegnete, dass die bisherige Bewohnerschaft im Neubau ein neues Zuhause finden werde. Er verdeutlichte, dass eine Sanierung des Altbaus wirtschaftlich nicht mehr zu vertreten sei. Mehrere Sanierungskonzepte von Fachleuten bestätigen dies.

Die konzeptionelle Veränderung der Wohnstätte resultiere aus veränderten

Erfordernissen und Bedarfen.

Als Ergänzung sagte Herr Schönfelder, dass man aus Sicht des Sozialhilfeträgers froh darüber sei, dass dieses regional fehlende Angebot durch die GPS abgedeckt werde. Die entstehenden Kosten der Unterkunft müssen wirtschaftlich überschaubar bleiben, damit sie im Rahmen von Leistungen der Sozial- bzw. Eingliederungshilfe anerkannt werden können. Seitens der GPS bestehe die Zusicherung, dass nur bereits bei der GPS beheimatete Personen hier untergebracht werden sollen.

Herr Lang bestätigte den sanierungsbedürftigen Zustand des Altbaus. Er fragte nach, wie die Höhe des Bedarfes mit 8 Plätzen festgestellt wurde.

Herr Namuth antwortete, dass ein Wohnbereich mit diesen speziellen Klientel von der Anzahl überschaubar bleiben müsse. Hier sei auch dem Interesse und Wohl der anderen Bewohner/-Innen und der Beschäftigten menschlich Rechnung zu tragen.

5.6 Nachzahlung an Asylbewerber

Herr Möhle nahm Bezug auf einen Artikel aus der Wilhelmshavener Zeitung vom 09.08.2019, in welchem von einer Entscheidung des Sozialgerichtes berichtet wurde. So wurde in zwei Klageverfahren entschieden, dass der Landkreis Oldenburg und die Stadt Wilhelmshaven Nachzahlungen an Asylbewerber zu leisten habe.

Er richtete die Frage an die Verwaltung, welche finanziellen Auswirkungen dies auf die Stadt haben werde.

Herr Sieberns antwortete, dass es hier weiterhin unterschiedliche Rechtsauffassungen gebe und das Verfahren noch nicht abgeschlossen sei. Nähere Informationen könnten in der nächsten Sitzung gegeben werden.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:30 Uhr

Schönfelder
Dezernent

Reese
Vorsitzender

Kallendrusch
Protokollführerin